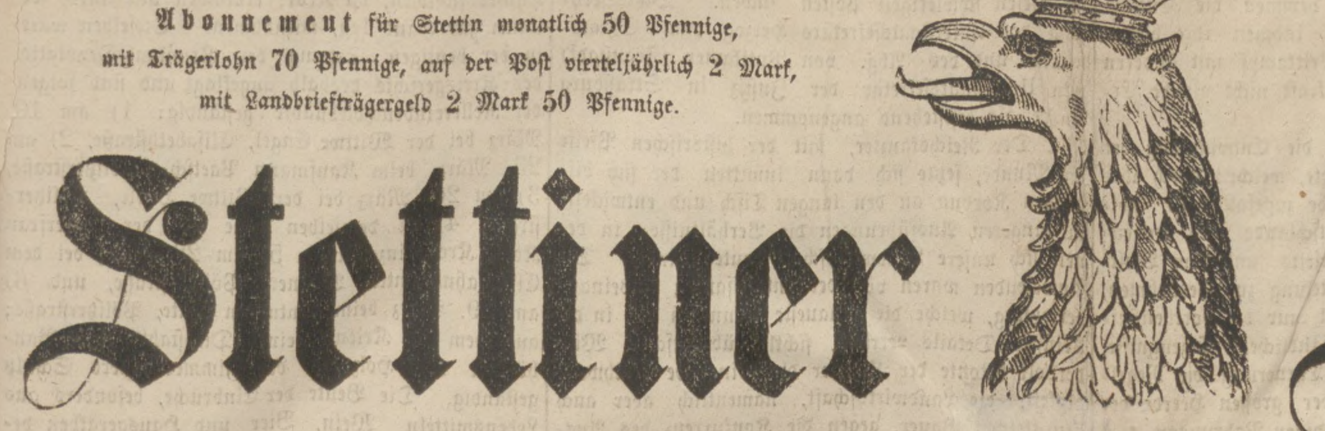
Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark, mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige. Redaktion, Druck und Verlag von R. Graßmann, Stettin, Kirchplatz Nr. 3.



Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe. Montag, den 19. Mai 1879. Nr. 230

Deutscher Reichstag.

47. Plenar-Sitzung vom 17. Mai.

Präsident Dr. v. Forckenbeck eröffnet die Sitzung um $11\frac{1}{2}$ Uhr mit geschäftlichen Mittheilungen.

Am Bundesrathstische: Präsident des Reichskanzleramts Staatsminister Hofmann und mehrere Kommissare.

Tagesordnung:

Fortsetzung der zweiten Berathung des Zolltarifs.

Dieselbe beginnt bei Position 6 Lit. b (schmiedbares Eisen in Stäben mit Einschluß des façonnirten; Radkranzeisen; Pflugschaarenschienen; Eck- und Winkeleisen; Eisenbahnschienen; Eisenbahnlaschen, Unterlagsplatten und Schwellen 2,50 Mark. Anmerkung zu 6b: Luppeneisen, noch Schlacken enthaltend, Rohschienen; Ingots 1,50 Mark.

Abg. Delbrück bittet mit Rücksicht auf die Lage der Kratzenfabrikation schwedisches Stabeisen und Kratzenleder mit Erlaubnißschein und unter Kontrolle zu einem Satze von 50 Pf. pro 100 Kilometer einführen zu lassen. Dieser Zollsatz sei durch die frühere Zollgesetzgebung durchaus gerechtfertigt und empfehle sich auch um deshalb, weil die Kratzenfabrikation noch eine ziemlich junge Industrie ist, die der Unterstützung bedarf.

Geh. Rath Burghardt: Ich bitte zuvörderst, den vorliegenden Tarif als ein Ganzes zu betrachten, in welchem die verschiedenen Wünsche bereits ihren Ausgleich gefunden haben. Aus diesem Grunde wird es sich daher empfehlen, an dem Tarif so wenig wie möglich zu ändern. Was den Antrag Delbrück anlangt, so würde ich demselben nicht widersprechen, wenn es sich um einen nothwendigen Schutz eines Industriezweiges handelte. Die Lage der Kratzenfabrikanten ist indeß eine solche, daß kein Anlaß vorliegt, sie als eine nothleidende zu bezeichnen. Ueberhaupt möchte ich bitten, solche Sonderbestrebungen, soweit sie sich nicht als ein dringendes Bedürfniß herausstellen, abzulehnen, sowie Sie dies bereits in Bezug auf örtliche Sonderbestrebungen gethan haben.

Abg. Klügmann empfiehlt einen von ihm in Gemeinschaft mit dem Abg. Schlieper gestellten Antrag, der Position 6b folgende Bemerkung hinzuzufügen: „Schwedisches gewalztes Holzkohleneisen von $4\frac{1}{2}$ Millimeter bis 15 Millimeter Quadrat, rund, von 6 Millimeter × 4 Millimeter bis 15 Millimeter × 14 Millimeter flach frei.“

Abg. Kayser (Sozialdemokrat): Ich will einmal öffentlich erklären, wie meine Partei zu diesen Fragen steht, von welchen Grundsätzen sie sich bei ihrer Haltung leiten läßt. Ich will aber von vornherein erklären, daß meine Ausführungen von meinen Freunden nicht durchweg getheilt werden.

Präsident v. Forckenbeck: Ich kann nicht zulassen, daß die Spezialdebatte durchbrochen und bei einer einzelnen Position auf die Generaldebatte zurückgegriffen wird. Ich rufe deshalb den Herrn Redner mit den Wirkungen der Geschäftsordnung zum ersten Male zur Sache.

Abg. Kayser (fortfahrend): Ich glaube doch das Recht zu haben, zu erörtern, nach welchen Grundsätzen wir für den einen oder den anderen Zollsatz stimmen werden. Ich will nur sagen, daß wir aus dem Grunde für die Position „Eisen“ stimmen werden, weil wir gerade in dieser Position einen Bruch mit dem Freihandelssystem erblicken, und weil der Grundsatz der freien Konkurrenz auch bei Stabeisen (Heiterkeit) verlassen wird, soweit es das Ausland angeht. Redner geht in seinen weiteren Ausführungen fortwährend auf die allgemeine Debatte zurück und wird dabei wiederholt von dem Präsidenten unterbrochen. Redner glaubt sich zu diesen Ausschweifungen berechtigt, weil in der gestrigen Spezialdiskussion der Abg. Richter und vorgestern der Abg. Bamberger ebenfalls das weite Gebiet der Eisenbahnindustrie in den Kreis ihrer Besprechung gezogen, ohne dabei vom Präsidenten unterbrochen worden zu sein. Der Präsident bemerkt jedoch, daß die Position „Roheisen“ eine generellen Besprechung zulasse als diese Spezialgegenstände.

Bundeskommissar Geh. Rath Burghardt erklärt sich gegen den Antrag Klügmann, während Abg. Schlieper denselben dringend im Interesse der Kratzendrahtfabriken zur Annahme empfiehlt. Will die Regierung den Schutz der nationalen Arbeit, so muß sie auch seinem Antrage zustimmen, denn durch die Festsetzung eines hohen Zolles würde diese Industrie auf's Schwerste geschädigt. Diese Industrie könne nun einmal das schwedische Eisen nicht entbehren.

Abg. Stumm erklärt sich gegen den Antrag, während Abg. Dr. Klügmann denselben nochmals im Interesse der Hufnagel-Industrie zur Annahme empfiehlt.

Abg. Freiherr v. Wendt spricht sich gegen den Antrag Klügmann aus. Redner verweist auf die früher so blühende rheinisch-westfälische Nägelindustrie, welche durch das Freihandelssystem vollständig vernichtet worden sei. Viele Ortschaften hätten sich ausschließlich mit dieser Industrie beschäftigt, jetzt ständen sie dem Hunger gegenüber. Man möge daher bei Beurtheilung des Amendements Klügmann sehr vorsichtig sein.

Abg. Dr. Hammacher: Die Annahme, daß es durch den Zoll der Hufnagelfabrikation unmöglich gemacht würde, schwedisches Eisen zu verwenden, trifft nicht zu. Der (gestern bereits mitgetheilte) Antrag des Abg. Klügmann stellt an die Steuerbeamten Forderungen, die diese nicht erfüllen können; wie sollen sie untersuchen, ob sie Holzkohleneisen vor sich haben? Die ganze Sache ist nach jeder Richtung hin zu unbedeutend, als daß wir das ganze System durchlöchern sollten.

Abg. Sonnemann: Aus den verschiedenen Anträgen, welche gestellt sind, sehen Sie, welche Schwierigkeit es hat, diese gewaltige Erhöhung des Zolles auf Stabeisen ins Leben zu führen, und welche Konsequenzen dieselbe haben muß. Wie bei dieser werden sich bei den folgenden noch manche andere Industrien an uns wenden und ihre Wünsche vorbringen. Es wundert mich nicht, daß dem Abg. Kayser die neuen Zölle so sympathisch sind, ich wundere mich aber auch nicht, wenn seine Gesinnungsgenossen, die etwas vorgeschritten sind, einsehen, daß diese Zölle nicht der Gesammtheit zu Gute kommen, sondern einzelnen Industriellen. Die Rückvergütung würde für den zugefügten Schaden auch keinen Ersatz schaffen und nur der Groß-Industrie zu Gute kommen; man wird damit dieselben schlechten Erfahrungen machen, wie in Frankreich. (Rufe: zur Sache!) Wenn gesagt worden ist, daß man es in diesem Hause vielleicht bereue, die Eisenzölle aufgehoben zu haben, so sage ich, man braucht es nicht zu bereuen; ohne jenen Entschluß hätten wir die beiden Jahre der Zollfreiheit nicht gehabt, auf die wir uns berufen können, in denen die Industrie so ungeheuer erstarkt ist. Beim Materialeisen betrug in den Jahren 1875—77 der Ueberschuß der Ausfuhr über die Einfuhr 578,000 Centner; 1878 stieg die Mehrausfuhr auf 7,980,000 Centner. Die Drahtausfuhr betrug 1876 noch 65,000 Centner, 1876 160,000 Centner, im ersten zollfreien Jahre 1877 stieg sie auf 584,000 und 1878 auf 1,500,000 Centner. Ob die Schutzzölle solche Resultate ergeben werden, möchte ich bezweifeln. Die Ziele werden nicht der Gesammtheit zu Gute kommen, sondern Einzelnen, besonders den lothringischen Werken, die in eine außerordentlich günstige Lage kommen und eine große Produktionskraft haben, mindestens ebenso billig produziren, wie England. Eine allgemeine Vertheuerung der Produktion ist die nothwendige Folge und die Repressalien der anderen Länder werden nicht ausbleiben. Ein Schlußantrag wird abgelehnt.

Abg. Stumm: Bei solch großer Komplikation der Eisenindustrie, auf die der Vorredner hingewiesen hat, ist es doch ein Beweis für die Fachkenntniß der Tarifkommission, daß nicht noch mehr Petitionen vorliegen. Man muß sich also nicht, wie der Abgeordnete Klügmann, über die Petitionen wundern, deren verhältnißmäßig wenig eingegangen sind. Redner verliest schließlich aus dem Bericht der Enquete-Kommission eine Aussage.

Abg. Richter (Hagen): Freiherr v. Wendt sagte, es habe in Westfalen Werke gegeben, die auch Nägeleisen herstellten; sie liegen jetzt still und werden vielleicht wieder in Gang kommen. Er hat die Werke nicht einmal genannt und nur gesagt, sie seien mit Holzkohlen betrieben worden. Da liegt die Frage nahe, ob nicht die gesteigerten Holzpreise die Produktion unmöglich gemacht haben. Abg. Berger (Witten) brachte gestern mit großer Sensation vor, daß ein Gußstahlwerk im Hagener Kreise seinen Arbeitern gekündigt hat und in demselben Moment der Vertreter dieses Kreises hier gegen die Eisenzölle spreche. Wunderlich, daß man sich für die Zölle auf ein Werk beruft, dessen Stillstand in dem Moment eintritt, wo die Zölle, welche die Besserung bringen sollen, in nächster Aussicht stehen. (Rufe rechts: Zur Sache!) Wenn das nicht zur Sache ist, dann verstehen Sie die Sache einfach nicht; es handelt sich hier um Puddelwerke, also um die Position, von der wir sprechen. Nicht unter dem Freihandelssystem leiden die Puddelwerke, sondern darunter, daß die Eisenbahnen keine Puddelstahlschienen mehr verwenden, sondern Bessemerstahlschienen. (Hört, hört!) Ein Bericht der Handelskammer von Hagen führt das deutlich aus. Schuhnägel sind nicht zu identifiziren mit Hufnägeln, und zu letzteren muß man feineres Material nehmen, als zu Dachnägeln. (Widerspruch.) Der Pferdehuf ist doch kein Dachschiefer. (Heiterkeit.) Die Hufnagelschmiede führen aus, daß sie das schwedische Eisen nicht entbehren können. Herr Stumm spricht gewöhnlich mit Zuversicht Thatsachen und Behauptungen aus, die Jeden stutzig machen können, wenn man nicht die Materialien zur Hand hat, die das Gegentheil darlegen. Herr Stumm sagt, wir können das schwedische Eisen entbehren und führt uns dafür die Aussage eines Mittelmanns vor, verschweigt aber andere Aussagen. Er hätte uns mittheilen sollen, was der Vertreter der Klein-Fabrikation, Herr Mannesmann aus Remscheid, sagte. Dieser führte aus, die Waaren können wir ebenso machen, wie das Ausland, aber wir müssen dazu schwedisches Eisen importiren. Herr Stumm fragte ihn darauf: Würden Sie bei 1 Mark Zoll weniger Eisen aus Schweden beziehen? Die Antwort war: Wir können es ja gar nicht entbehren, wir können nicht ein Pfund weniger beziehen.

Die Diskussion wird geschlossen; es folgen persönliche Bemerkungen.

In der Abstimmung wird der Antrag Klügmann-Schlieper abgelehnt, die Position 6b mit der von Abg. Delbrück beantragten Bemerkung angenommen.

Die Positionen 6c, 1 und 2 und 6d werden ohne Debatte angenommen.

Unter 6e normirt die Vorlage: Eisenwaaren: 1) ganz grobe: α) aus Eisenguß pro 100 Kg. 2,50 M.; β) Eisen, welches zu groben Bestandtheilen von Maschinen und Wagen roh vorgeschmiedet ist, Brücken und Brückenbestandtheile, Anker, Ketten und Drahtseile, gewalzte und gezogene Röhren aus schmiedbarem Eisen pro 100 Kg. 3 M.; 2. grobe aller Art, auch in Verbindung mit Holz, ingleichen Waaren dieser Art, welche abgeschliffen, gefirnißt, verkupfert, verzinkt, verzinnt oder verbleit, jedoch nicht polirt sind, als: Aexte, Degenklingen, Feilen, Hämmer, Hecheln, Hobeleisen, Kaffee-Trommel und Mühlen, Kochgeschirre, Nägel, Pfannen, Schaufeln, Schlösser, Schraubstöcke, grobe Messer zum Handwerkgebrauche, Sensen, Sicheln und Futterklingen (Strohmesser), Stemmeisen, Striegeln, Thurmuhren, Tuchmacher- und Schneiderscheeren, Zangen u. dgl. pro 100 Kilogramm 6 M.; (Anmerkung zu e2: Ketten und Drahtseile zur Ketten-Schleppschifffahrt und Tauerei: frei;) 3. feine: α) aus feinem Eisenguß, als leichtem Ornamentguß, polirtem Guß, Kunstguß, schmiedbarem Guß, β) aus schmiedbarem Eisen, polirt oder lackirt; Messer, Scheeren, Stricknadeln, Häkelnadeln, Schwertfegerarbeit ꝛc., alle diese Gegenstände, anderweitig nicht genannt, auch in Verbindung mit Holz und anderen Materialien, soweit sie dadurch nicht unter Nr. 20 fallen: pro 100 Kg. 24 M.; γ) Nähnadeln, Schreibfedern aus Stahl und anderen unedlen Metallen, Uhrfournituren und Uhrwerke aus unedlen Metallen, Gewehren aller Art: pro 100 Kg. 60 Mk.

Abg. Stumm beantragt für diese Position folgende Fassung: 1. ganz grobe: α) aus Eisenguß pro 100 Kg. Mk. 2,50; β) Eisen, welches zu groben Bestandtheilen von Maschinen und Wagen roh vorgeschmiedet ist, Brücken und Brückenbestandtheile, Anker, Ketten und Drahtseile, Eisenbahnachsen, Eisenbahnradeisen, Eisenbahnräder, Puffer, Kanonenrohre, Ambose, Schraubstöcke, Winden, Hakennägel, Schmiedehämmer, Wagenfedern, Polsterfedern, Brecheisen, Hemmschuhe, Hufeisen pro 100 Kg. M. 3; γ) gewalzte und gezogene Röhren aus schmiedbarem Eisen pro 100 Kg. M. 5; 2) grobe: α) anderweitig nicht genannte, auch in Verbindung mit Holz pro 100 Kg. M. 6; β) abgeschliffen, gefirnißt, verkupfert, verzinkt, verzinnt, verbleit oder emaillirt, jedoch weder polirt, noch lackirt, ebenso alle Schlittschuhe, Hämmer, Beile, Aexte, ordinäre Schlösser, grobe Messer, Sensen, Sicheln, Striegeln, Thurmuhren, Schraubenschlüssel, Winkelhaken, Holz-, Schloß-, Rad- und Drahtschrauben, Zangen, gepreßte Schlüssel, Dung- und Heugabeln, Handfeilen, Degenklingen, Hobeleisen, Meißel, Tuch-, Schneider-, Hecken- und Blechscheeren, Sägen, Bohrer, Schneidkluppen, Maschinen- und Papiermesser und ähnliche Werkzeuge pro 100 Kg. 10 Mk.

Zu diesem Antrage beantragt ferner

Abg. Mehlbeck in 2β die Worte „Handfeilen bis Papiermesser“ zu streichen und als neu einzufügen unter γ: Handfeilen, Degenklingen, Hobeleisen, Meißel, Tuch-, Schneider-, Hecken- und Blechscheeren, Sägen, Bohrer, Schneidekluppen, Maschinen- und Papiermesser und ähnliche Werkzeuge 15 Mk.

Abg. Stumm versichert, daß der Zweck seines Antrages nicht eine Erhöhung des Zolles sei; der Tarif scheine nur in der Vereinfachung zu weit zu gehen. Finanziell werde die Wirkung von der einen Seite nach der andern sich ausgleichen, da einige Gegenstände von 6 auf 3 M. reduzirt, andere freilich wegen ihres höheren Werthes auf 10 Mark erhöht werden sollen. Die Absicht hierbei sei, den Veredelungsverkehr ungeschmälert zu erhalten. Weißblech z. B. sei mit einem Zoll belegt worden, aber die Fabrikanten finden dann bei ihren Fabrikaten nicht den entsprechenden Schutz.

Abg. Schlieper: Unter e, 1, β seien Ketten und Drahtseile mit 3 Mark belegt, in der Anmerkung seien bestimmte Ketten ausdrücklich ausgenommen. Jene aber bedürften eines Schutzes gar nicht, denn sie stehen ohne Konkurrenz unerreicht auf dem Weltmarkte da; — vielleicht wird auch das unter den neuen Zöllen anders werden! In Bezug auf die anderen Ketten aber werde die Regierung dafür sorgen müssen, daß keine mißbräuchliche Verwendung [illegible] eintrete.

Reg.-Komm. Geh. Rath Borchard verspricht Vorkehrungen gegen derartigen Mißbrauch und erklärt sich gegen die Anträge Stumm, Mehlbeck, weil dieselben das Prinzip der Vorlage durchbrechen und finanziell nicht zu übersehen seien.

Abg. Melbeck hält beide Anträge dagegen aufrecht, weil es nicht angehe, hochwerthige und grobe Dinge so in einen Topf zu werfen. Unser Arbeitsstand werde sonst auch an schlechtere Werkzeuge sich gewöhnen, was gewiß nicht im Interesse der nationalen Arbeit liege. Man möge sich deswegen über den mehr formellen Widerspruch der Regierung hinwegsetzen.

Abg. Bamberger erkennt dem Stumm'schen Antrage eine gewisse formale Berechtigung zu, ist aber materiell gegen denselben. Es handle sich hier um eine ernste Entscheidung prinzipieller Natur, denn bei Tarifen, die nicht so in Bausch und Bogen gemacht werden, sondern bei denen in schutzzöllnerischer Richtung auf einer mehr freihändlerischen Basis Erwägungen im Einzelnen eintreten, da werden noch öfter einzelne Industrien mit solchen weitergehenden Wünschen kommen. Da er nun glaube, die Schutzzollperiode werde bei uns nicht lang dauern, wünsche er die Dinge zu halten für die Zukunft, um den Riß nicht noch tiefer zu machen, als er schon sei.

Abg. Berger bemerkt berichtigend, er habe sich von der Existenz einer Petition, deren Vorhandensein er neulich bezweifelt, heut überzeugt.

Abg. Müller (Weilheim) befürwortet den Stumm'schen Antrag im Interesse der tüchtigen, braven und arbeitsamen Schmiede in seinen baierischen Bergen. Wenn man diesen das Rohmaterial mit Zoll belegt habe, müsse man ihr Fabrikat schützen, wolle man sie nicht zu Grunde richten. Von den Schmieden der Werkzeuge ganz allein aber müssen sie existiren. Wie hoch und schnell eine Industrie sich entwickeln könne, das beweise die Werkzeug-Industrie in Amerika, weil sie rechtzeitig den rechten Schutz genossen habe.

Auf Anfrage des Abg. Dernburg sagt Regierungs-Kommissar Geheimer Rath Burghardt Maßregeln zu gegen gewisse Mißbräuche des Auslandes bei der Verzollung der bei uns eingeführten Patent-Axen.

Abg. Richter-Hagen rügt es, daß Anträge wie die vorliegenden erst am Abend vor der Berathung in die Hände der Mitglieder kommen, so daß man nicht Zeit habe, sich darüber zu informiren. Es sei nicht Jeder in dieser Eisenzoll-Philosophie so weit wie Herr Stumm. Bei einzelnen der in Rede stehenden Artikel handle es sich offenbar um erhebliche Vertheuerungen, z. B. der eisernen Gasröhren

für die Städte! Herr Stumm hebt die Erleichterungen hervor, verschweigt aber die Vertheuerungen, welche die Landwirthschaft sich wird gefallen lassen müssen für Sicheln, Heugabeln, allerlei Scheeren, Hämmer, Aerte, Beile u. s. w. Sollte das etwa ein Vorspiel sein für ein späteres Verlangen nach Erhöhung der Maschinenzölle? Er wolle hierbei nur konstatiren, auf welcher Seite das Interesse für die Landwirthschaft vorhanden sei. (Lachen rechts.) Ebenso würden hierdurch die Interessen der armen Handwerker geschädigt werden. Aber davon spreche man eben nicht! Es sei richtig, daß, wer A gesagt habe, auch B sagen müsse; die hier gemachten Vorschläge führten aber viel tiefer in das Alphabet hinein und etablirten ein ganz neues Schutzzollprinzip, welches sogar hinter 1870 zurückgehe. Für solche Erhöhungen lägen aber gar keine Gründe vor; man lehne sie ab und erkläre so für unsere Industrie, daß sich dieselbe dem Auslande ebenbürtig fühle. (Beifall links.)

Nach Schluß der Diskussion und zwei unwesentlichen persönlichen Bemerkungen der Abgg. Stumm und Melbeck werden deren Anträge abgelehnt, die Vorlage unverändert angenommen.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Schluß 4 Uhr.

Nächste Sitzung Montag 11 Uhr.

T.-O.: Erste Berathung des Sperrgesetzes und Wahlprüfungen, Fortsetzung der zweiten Berathung des Zolltarifs.

Deutschland.

** **Berlin**, 17. Mai. Der Präses der Generalordenskommission, General der Infanterie Frhr. von Loën, hat den erbetenen Abschied unter Ernennung zum Generaladjutanten Sr. Majestät des Kaisers erhalten. General v. Kessel, bisher kommandirender General der 5. Division, ist zu seinem Nachfolger ernannt.

Die „Kreuzzeitung" macht in Bezug auf den Nachfolger des verstorbenen Präsidenten der Staatsschuldenverwaltung Mittheilungen, die in Betreff der Namen unrichtige Angaben enthalten. Richtig aber ist, daß über die Besetzung überhaupt noch nicht definitiv entschieden ist.

Zum Nachfolger des Hofpredigers Heym als Geistlichen an der Friedenskirche zu Potsdam ist Pastor Windel, der an der Berliner Chariteekirche zwölf Jahre gewirkt hat, berufen worden.

Das Kuratorium der allgemeinen deutschen Pensionsanstalt für Lehrerinnen und Erzieherinnen hielt seine statutenmäßige Jahressitzung am 4. Mai im Sitzungszimmer des Kultusministeriums. Nachdem die Gemahlin des Ministers Dr. Falk als Vorsitzende die Versammlung eröffnet hatte, übernahm Professor Gneist die Leitung der Verhandlungen. Schulvorsteher Stöckel referirte über die von dem Centralverwaltungsausschuß über das Jahr 1878 gelegte Rechnung. Die Zahl der Mitglieder beträgt 830; das Vermögen der Anstalt beläuft sich auf 479,370,73 M., wovon 351,520,94 M. auf den Pensionsfonds und 127,849,79 M. auf den Hülfsfonds entfallen. Die Entlastung wurde ausgesprochen. Zu Unterstützungen an Mitglieder in außerordentlichen Fällen wurde den Centralverwaltungsausschuß für 1879 der Betrag von 5000 M. zur Verfügung gestellt. Ministerialdirektor Greiff berichtete über weitere Veranstaltungen, die zur Förderung des Hülfsfonds in Aussicht genommen sind. Im Hinblick auf die bevorstehende goldene Hochzeit des Kaiserpaares beschloß das Kuratorium, nachdem zuvor die Kronprinzessin als Protektorin der Anstalt ihr Einverständniß kundgegeben hatte, durch Sammlungen im Kreise der Lehrerkollegien und Schülerinnen der Mädchenschulen Deutschlands zum Besten der Anstalt, welche für ihre Mitglieder den Zweck der Alterversorgung verfolgt, dem Kaiserpaar ein Zeichen der Verehrung darzubringen. Durch Kooptation wurden in das Kuratorium gewählt Frau Friedenthal, Frau Maybach, Frau Lucanus und Frau von Wulffen.

Berlin, 17. Mai. Im großen Festsaale des Rathhauses zu Berlin, welcher mit dem Stadtbanner über der Rednertribüne und mit Fahnen geschmückt war, versammelte sich auf Einladung des Magistrats der deutschen Residenz- und Hauptstadt heute früh um 11$^1/_4$ Uhr der deutsche Städtetag, um einen Protest gegen die Korn- und Viehzölle zu beschließen.

Da der Bürgermeister Geh. Rath Duncker erkrankt ist, eröffnete der Stadtverordneten-Vorsteher Dr. Straßmann den Städtetag und begrüßte die Versammlung in herzlichen Worten, indem er den auswärtigen Gästen im Namen der Stadt ein Willkommen entgegenbrachte. In seiner Begrüßungsrede hob er hervor, daß die Stadt Berlin nur auf Anregung anderer Städte es unternommen, die Zusammenberufung des Städtetages zu vermitteln. Oberbürgermeister Selke-Königsberg dankte und schlug Dr. Straßmann zum Vorsitzenden des Büreaus vor, der auch einstimmig angenommen wurde. Die Versammlung begab sich hierauf nach dem Saale der Stadtverordnetenversammlung. Hier wurde auf Vorschlag des Vorsitzenden ein Hoch auf Kaiser Wilhelm ausgebracht, in das die Versammlung lebhaft einstimmte. Hierauf ergriff der Stadtrath Techow das Wort und führte dabei aus, daß durch die Korn- und Viehzölle die Städte geschädigt würden. Dann verlas der Vorsitzende folgende Resolution und empfahl sie zur Annahme:

1. Die vorgeschlagenen Eingangszölle auf Getreide, Vieh und Fleisch vertheuern den Preis der nothwendigsten Lebensbedürfnisse, erschweren dadurch einseitig die Lebensbedingungen der städtischen Bevölkerung, verhindern die Entwicklung des Verbrauchs in der Richtung auf nahrhaftere Kost und zwingen die Bevölkerung zum Zurückgehen auf minder zuträgliche Nahrungsmittel.

2. Durch schlechtere Ernährung vermindern sie die Leistungsfähigkeit der Arbeitskraft in den Mittelpunkten des Gewerbsfleißes, hemmen die Entfaltung unserer Industrie und lähmen ihre bisher siegreich bewährte Kraft im Wettkampf mit anderen Nationen, welche der Arbeitskraft nicht gleiche Erschwerung bereiten.

3. Sie beeinträchtigen die Entwickelung der Handelsthätigkeit unserer Städte, welchen durch ihre geographische Lage ihre Aufgabe zugefallen ist, zwischen der Landwirthschaft Deutschlands und der europäischen Binnenländer einerseits und dem Weltmarkt andererseits die Vermittelung zu übernehmen, und erschweren dadurch nicht nur die vortheilhafteste Verwerthung unserer ländlichen Erzeugnisse, sondern stellen in Zeiten der Theuerung die Regelmäßigkeit der Versorgung der großen Heerde der Bevölkerung mit den nothwendigen Nahrungsmitteln in Frage.

4. Sie hemmen die Entwickelung des Verbrauchs in der Richtung auf Verfeinerung der Brod- und Vermehrung der Fleischkost und schmälern damit der Landwirthschaft den heimischen Markt grade für diejenigen Erzeugnisse, auf deren reichlicherer Hervorbringung ihre Zukunft beruht.

5. Indem sie so die Städte in ihrer materiellen Entwickelung schwer beeinträchtigen und an der Erfüllung ihrer Kultur-Aufgabe hindern, schaffen sie künstlich einen Gegensatz der Interessen zwischen Stadt und Land, welcher durch die Umgestaltungen des letzten Menschenalters überwunden schien und zum Heile des ganzen Vaterlandes nie wieder aufleben sollte.

Oberbürgermeister Noll aus Mannheim sprach sich wie alle folgenden Redner mit Ausnahme der Reichstagsabgeordneten Oberbürgermeister Herrne aus Heilbronn und Bürgermeister Bleicken aus Ottensen, Oberbürgermeister Hache aus Essen, die sich in kurzen Reden im entgegengesetzten Sinne aussprachen für die Resolution aus, die schließlich im Ganzen mit 68 gegen 4 Stimmen angenommen wurde. Die Versammlung schloß mit Aufforderung eines Dankes an die Stadt Berlin Seitens des Stadtverordneten Hamspohn-Köln.

— Wie das „D. M.-Bl." schreibt, wird die Betheiligung der auswärtigen Höfe an der Feier der bevorstehenden goldenen Hochzeit unseres Kaiserpaares eine viel bedeutendere sein, als dies bis jetzt geglaubt wurde und die Zahl der fremden Fürstlichkeiten, welche nach der deutschen Hauptstadt zu kommen gedenken, wird eine sehr beträchtliche sein. Namentlich steht seitens der russischen und österreichischen Herrscherfamilien eine starke Betheiligung bevor. Wie feststeht, sollen außer dem Kaiser von Rußland auch seine 3 jüngsten Söhne in Berlin eintreffen, die Großfürsten Paul, Alexei und Sergei, so daß hier während der Festtage so zu sagen ein kleines russisches Hoflager aufgeschlagen werden wird. Oesterreichischerseits wird der Kaiser Franz Josef in Begleitung des Kronprinzen Rudolf erwartet. Man verspricht sich in den diplomatischen Kreisen, daß die Feierlichkeiten, sowie das ganze Fest einen äußerst glänzenden Verlauf nehmen und sogar die berühmten Dreikaisertage hinter sich lassen werde.

— Es kann als ausgemacht gelten, daß Tabak- und Brausteuergesetz in der laufenden Reichstagssession nicht zu Stande kommen.

— Das „D. M.-Bl." schreibt: Die siebente parlamentarische Soiree beim Reichskanzler am Sonnabend war von Reichsboten weniger zahlreich besucht, als man dies bisher gewohnt war. Es schien, als hätte sich die wirthschaftliche Vereinigung des Reichstags in den glänzenden Räumen des Reichskanzlerpalais ein Rendezvous gegeben; denn nur in sehr bescheidener Anzahl waren die Vertreter der Freihandelspartei erschienen. Das Präsidium und Bureau war durch den zweiten Vicepräsidenten Lucius und den Schriftführer Bernards, zugleich das einzig erschienene Mitglied des Centrums, vertreten. Präsident von Forckenbeck war durch das Banket des Städtetages verhindert, der erste Vicepräsident Freiherr von Stauffenberg, der noch immer sehr leidend ist, begiebt sich heute Abend zur Kur nach Karlsbad.

Das größte Kontingent haben die beiden konservativen Fraktionen gestellt, von den Nationalliberalen bemerkte man unter Anderen: Völk, Groß, Marquardsen, Zinn, Hölder, von Benda, Baur, von Schauß, Löwe, Berger, Mosle, außerdem den deutschen Botschafer in Paris, Fürst Hohenlohe, mit dem der Reichskanzler viel konferirte. Ferner die Minister Maybach, Friedenthal, Kameke, Hobrecht, Flügeladjutant Graf Lehndorff. Von Damen die Gemahlinnen der Minister Falk, Maybach, Kameke und Friedenthal, die Fürstin Carolath, Gräfin Dohna, Gräfin Oriolla, Frau von Schrader, Frau von Wattenberg.

Die Gesellschaft war eine äußerst animirte. Besonders wurde bemerkt, mit welch besonderer Zuvorkommenheit der Abgeordnete für Diedenhofen, Notar Lorette, der erste Lothringer, der im Salon des Reichskanzlers erschienen ist, vom Reichskanzler und besonders der Fürstin Bismarck bedacht wurde. Die Fürstin ließ sich Herrn Lorette vom Abg. Schneegans vorstellen und drückte ihre hohe Befriedigung über das Erscheinen des lothringischen Abgeordneten auf der Soiree aus. Der Reichskanzler unterhielt sich theils deutsch, theils französisch mit dem fast nur französisch sprechenden Autonomisten über die elsässischen Verhältnisse und konnte zu seiner Genugthuung erfahren, daß der überwiegend größte Theil der elsässischen Bevölkerung mit dem neuen Gesetzentwurf die Verwaltungsverhältnisse der Reichslande betreffend recht zufrieden sei.

Man erfuhr auf der Soiree, daß die Ernennung des General-Feldmarschalls von Manteuffel zum Statthalter von Elsaß-Lothringen sicher sei. Fürst Bismarck bemerkte, daß diese Wahl als eine durchaus glückliche bezeichnet werden müsse, denn vergeblich würde man nach einem besseren Vertreter für diesen schwierigen Posten suchen. Die Berufung des Unterstaatssekretärs Herzog zum Staatssekretär und des Abg. von Puttkamer (Fraustadt) zum Unterstaatssekretär der Justiz in Straßburg wurde als feststehend angenommen.

Der Reichskanzler, mit der historischen Pfeife im Munde, setzte sich dann inmitten der sich bildenden Korona an den langen Tisch und entwickelte in längeren Ausführungen die Verhältnisse, in denen sich unsere Landwirthschaft heute befindet. Die Anwesenden waren von der interessanten Auseinandersetzung, welche die genaueste Kenntniß bis in die kleinsten Details verrieth, sichtlich überrascht. Wiederholt betonte der Kanzler die dringende Nothwendigkeit, die Landwirthschaft, namentlich aber auch den kleinen Bauer, gegen die Konkurrenz des Auslandes zu schützen.

Auch die Holzfrage wurde eingehend behandelt und der Kanzler wies an der Hand von thatsächlichen Ermittelungen nach, daß ein Zoll auf Holz dringend nothwendig sei, wenn man unsere Forstwirthschaft nicht vollständig zu Grunde gehen lassen wolle.

Der Reichskanzler kam dann auf das Brausteuergesetz zu sprechen und hob hervor, wie nothwendig das Zustandekommen dieses Gesetzes sei. Jetzt könne man gutes Bier in Deutschland nur aus den baierischen Brauereien beziehen. — Der Fürst wies dabei auf den vor ihm stehenden Stoff hin — „alles gute Bier bekomme man nur unter blauweißer Kokarde." Wenn das Brausteuergesetz in Kraft getreten sein werde, so werde man anfangen, auch bei uns im Norden gutes Bier zu brauen und werde nicht mehr blos ausschließlich auf Baiern angewiesen sein.

Ueber diese Angelegenheit unterhielten sich namentlich die sachverständigen Abgeordneten Dr. Zinn, Völk und Fürst Hohenlohe-Langenburg. Einer der Anwesenden glaubte den Fürsten auf die Möglichkeit hinweisen zu müssen, das Brausteuergesetz vom Reichstag in dieser Session nicht angenommen zu sehen. Dabei wurde darauf hingewiesen, daß die betr. Brausteuerkommission die Sache selbst nicht sehr eilig zu haben scheine, da sie bisher noch zu keiner Sitzung einberufen worden sei.

Des Weiteren kam der Reichskanzler auf die Reichstagsverhandlungen über den Zolltarif zu sprechen. Fürst Bismarck meinte, daß, wenn man glaube, durch die lang ausgedehnten Berathungen ihn zu ermüden, man sich sehr irre; er werde, wenn es nothwendig sein sollte, bis September in Berlin bleiben, aber zu Stande kommen müsse die Sache. Die Herren könnten den Starrsinn und die Zähigkeit preußischer Beamten noch nicht.

Mit besonderer Genugthuung verweilte der Reichskanzler bei der „zündenden" Rede des Abg. Berger, und doch habe diese Rede nach seiner Ansicht einen geschäftlichen Nachtheil gehabt. Die endlosen Verhandlungen in der Detailberathung hätten nämlich eine ermüdende Atmosphäre der Eintönigkeit über das Haus gebreitet, als Berger mit seiner Philippika gegen die Freihändler gekommen sei und danach der Sache wieder erneutes Interesse zugewendet habe.

Eine besonders eingehende Unterhaltung führte der Reichskanzler, nachdem er sich längere Zeit hindurch nur Herrn Mosle gewidmet, mit dem Bankpräsidenten v. Dechend. Er behandelte in diesem Gespräch vorzugsweise die Silberverkäufe der preußischen Bank, welche der Kanzler sistirt zu sehen wünscht.

Viel bemerkt wurde auch die lange Unterredung, welche der Fürst mit dem Abg. für Hamburg, Bauer, hatte (die beiden anderen Vertreter dieser Hansestadt, Möring und Wolffson, waren nicht erschienen) und welche die brennend werdende Frage des Zoll-Anschlusses der Stadt Hamburg an den Zollverein zum Thema hatte. Diesen selben Gegenstand behandelte Herr Bauer in später Abendstunde noch eingehend mit dem Präsidenten des Reichskanzleramts, Hofmann.

Bis gegen 1 Uhr wurde von den Getreuen bei Maibowle und Salvator-Bockbier noch politisirt. Der Reichskanzler entließ seine Gäste aufs Freundlichste mit dem Zurufe „Gute Nacht"; Herrn Lorette wünschte er einen „bon soir".

Provinzielles.

Stettin, 19. Mai. Das Oberlandesgericht Stettin wird wie folgt zusammengesetzt werden: dem ersten Präsidenten Thümmel, den Senatspräsidenten Wex und Meyer, den Räthen Brohm, Schneider, von Dewitz, Wienstein, Schmidt, Rintelen, Succo, v. Rosenberg, Dr. Colberg, Kleppen und zwei hier noch nicht bekannten Räthen.

— Herr Kreisgerichts-Direktor Havenstein in Stargard ist zum Landgerichts-Direktor bei dem dortigen Landgericht ernannt worden.

— Der Regierungs- und Schulrath Dittrich ist zum 1. Juni d. J. von Cöslin an die Königl. Regierung zu Stettin versetzt worden.

— Am 16. d. M., Abends gegen 10 Uhr, wurde der Kaufmann Ernst Weld aus Berlin, welcher im Begriff war, von dem Eisenbahn-Viadukt über den freien Platz vor der Einfahrt des Posthofes zu gehen, von einer Kariolpost überfahren.

— Wie wir hören, wird die bisher auf Elysium spielende Theatergesellschaft, welche durch die letzten bekannten Ereignisse von dort vertrieben wurde, noch in dieser Woche in dem Wolff'schen Saale ihre Aufführungen wieder aufnehmen.

— Die Arbeiter Alb. Emil Aug. Krienke und Heinrich Carl Aug. Mißling hatten in den Monaten Februar und März d. J. einen Bund geschlossen, gemeinschaftlich Diebstähle auszuführen und zwar derart, daß sie sich des Abends in die Häuser schlichen, die Keller erbrachen und Alles, was ihnen zur Hand lag, mitnahmen. Dieselben waren in der heutigen Sitzung der Kriminal-Deputation des Kreisgerichts deshalb angeklagt und sind folgender Kellereinbruchdiebstähle geständig: 1) am 10. März bei der Wittwe Engel, Elisabethstraße, 2) am 23. März beim Kaufmann Paetsch, Pölitzerstraße, 3) am 26. März bei der Wittwe Hoble, Pölitzerstraße, 4) an demselben Tage bei der Lehrerfrau Koch, Kronprinzenstraße, 5) am 28. März bei dem Eisenbahnbeamten Wegner, Pölitzerstraße, und 6) am 29. März beim Amtmann Witte, Pölitzerstraße; außerdem ist Krienke eines Diebstahls von Bauhölzern vom Holzplatz des Zimmermeisters Schultz geständig. Die Beute der Einbrüche, besonders aus Lebensmitteln, Wein, Bier und Hausgeräthen bestehend, theilten die Diebe mit der unverehel. Emilie Aug. Louise Gutmann, welche sich auch bei dem ad 1 genannten Diebstahl betheiligte. Der Gerichtshof erkennt gegen Krienke auf 3 Jahr 6 Monate Zuchthaus, Verlust der Ehrenrechte auf 4 Jahr, gegen Mißling auf 3 Jahr 4 Monate Zuchthaus, Verlust der Ehrenrechte auf 4 Jahr, gegen die Gutmann auf 1 Jahr 3 Mon. Zuchthaus, Verlust der Ehrenrechte auf 2 Jahr, auch wird bei allen drei Angeklagten auf Zulässigkeit der Polizeiaufsicht erkannt.

Greifswald, 16. Mai. Die gestrige akademische Feier des Rektoratwechsels schloß am Abend nach althergebrachter Sitte mit einem großen Fackelzug der Studentenschaft, an der sich jedoch die hiesigen Korps nicht betheiligten. Diese hatten ihre Gratulation durch eine besondere Deputation bereits am Morgen dargebracht. Nach beendigtem Fackelzuge hatten die meisten Korporationen einen Kommers.

Loitz, 16. Mai. Am Mittwoch tagte hier der hiesige Bienenzuchtverein. Vor Beginn der Besprechung hatten die Mitglieder sich auf dem Bienenstande des Vorsitzenden versammelt, um den Erfolg eines Versuchs, einem weisellosen Volke eine neue Königin zu verschaffen, zu beobachten. Der Versuch war vollkommen gelungen und so das ganze Volk gerettet, was bei Bienen im Korbe sich nicht erreichen läßt. Im Vereinslokale hielt der Lehrer Westpfahl einen Vortrag über das Thema: „Woran erkennt man eine gute Bienengegend." Der Vortragende wies darauf hin, daß von Imkern die Schuld an dem schlechten Gedeihen ihrer Bienenstände oft auf die schlechte Bienengegend geschoben werde, während der weniger rationelle Betrieb meist die Ursache sei, wenn mitunter der größte Bienenstand zu Grunde gehe. An den interessanten Vortrag schloß sich eine längere Besprechung. Darauf zeigte der Vorsitzende eine von dem Drechsler Gebel gefertigte Imkerpfeife vor und erläuterte ihre Zusammenstellung, indem er sie mit anderen Arten verglich. Allseitig wurde neben dem angemessenen Preise, 3 Mark, die praktische Einrichtung anerkannt. Vor Schluß wurde die nächste Versammlung auf Mittwoch, den 11 Juni, festgesetzt.

Treptow a. R., 17. Mai. Die früheren Beamten der hiesigen Vorschußkasse, Wendorf und Scheer, wurden am 14. d. Mts. vor dem Kreisgericht zu Greifenberg, nachdem ihnen weit über hundert Fälle von Fahrlässigkeit in ihrer Amtsführung nachgewiesen waren, zu 6 Jahren Gefängniß und Verlust der Ehrenrechte auf 2 Jahr verurtheilt.

Telegraphische Depeschen.

Wien, 18. Mai. Bekanntlich sollte nach den russischen Dispositionen die vollständige Räumung Bulgariens und Rumeliens am 25. Juli vollzogen sein. Auf den Wunsch Englands, Oesterreichs und Italiens, den Räumungstermin zu verkürzen, wobei Oesterreich den 3. Juli als Termin bezeichnete, um eine baldige definitive Konstituirung Ostrumeliens zu erleichtern, antwortete Rußland entgegenkommend, Alles zur Beschleunigung zu thun und dabei einzig militär-technische Erwägungen gelten zu lassen.

Botschafter Edhem Pascha ist am Freitag von Konstantinopel nach Wien abgereist, ohne sich vorher vom Minister Karatheodory Pascha verabschiedet zu haben, was als ein Zeichen der erschütterten Stellung des letzteren gilt.

Petersburg, 18. Mai. General Gurko hat den Verkauf der sogenannten „Planeti Stschastija" (Planeten des Glücks) verboten, weil dieselben zu nihilistischen Proklamationen benutzt worden sind. Es waren dies buntfarbige Kuverts mit gedruckter Weissagungs-Einlage, welche beim Volke sich großer Beliebtheit erfreuten und auf Straßen und Vergnügungsorten feilgeboten wurden.

Peterburg, 18. Mai. Ein Telegramm des Generalgouverneurs von Orenburg vom 16. d. M. meldet, daß in Nischneuralski eine neue Feuersbrunst bei sehr starkem Sturme ausgebrochen ist, durch welche mehrere der Krone gehörige Gebäude, darunter die Rentei, vernichtet wurden. Der Feuerschaden sei sehr groß. In Orenburg selbst entstand am 16. d. Mts. ein zweiter großer Brand, welcher einen beträchtlichen Theil der bei der früheren Feuersbrunst verschont gebliebenen Vorstadt in Asche legte.

Kairo, 17. Mai. Der Protest der deutschen Regierung, welcher heute durch den deutschen Generalkonsul dem Khedive formell überreicht wurde, ist gegen die willkürliche Handlungsweise des Khedive gerichtet, welcher durch die Finanzdekrete vom 22. v. M. die Beziehungen der egyptischen Regierung zu den Gläubigern veränderte, deren Rechte unter den Schutz der internationalen Gerichtshöfe gestellt worden sind.